

Er scheint täglich mittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis monatlich (mit Haus gebracht) M. 1.20. In der Expedition
oder in den Filialen abgeholt M. 1.20, durch die Post ausgl. Vierteljährlich M. 3.50
Redaktion und Expedition: Darmstadt, Bismarckstraße 19.

Hessischer

VOLKSFREUND

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Nr. 264

Telefon: Expedition Nr. 577

Darmstadt, Samstag, den 9. November 1918.

Telefon: Redaktion Nr. 214

12. Jahrg.

Hessen sozialistische Republik.

An das hessische Volk!

Volksgenossen!

In der Nacht vom Freitag auf Samstag hat sich in Darmstadt der **Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat** konstituiert. Alle öffentlichen Gebäude sind von uns besetzt.

Der Aufruf des Soldatenrates.

Soldaten und Bürger!

Am 8. November 1918, abends 8 Uhr, haben wir Soldaten vom Truppen-Übungsplatz Darmstadt einen Soldatenrat gegründet. Der Soldatenrat verlangt und verbürgt sich für die Durchführung folgender Forderungen:

Gleiches Recht für Mannschaften und Offiziere. Vorgesetzte gibt es nur noch im Dienst. Nach dem Dienst hat jeder Soldat völlige Bewegungsfreiheit.

Teilnahme der Soldaten an der Kommando- und Disziplinargewalt.

Wir begrüßen unsere Vorkämpfer in den anderen Garnisonen auf das herzlichste und geloben mit eiserner Entschlossenheit ihrer Bahn zu folgen.

Bürger, wir richten an Euch die dringende Bitte, Ruhe und Ordnung zu bewahren und uns zu unterstützen. Das Privateigentum bleibt unangefastet.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung wird unter Aufsicht des Soldatenrates gestellt.

Alle in öffentlichen Diensten stehende Personen haben wie bisher ihre Pflicht zu erfüllen.

Notwendige Änderungen werden vom Soldatenrat verfügt.

Der Soldatenrat der Stadt Darmstadt.

Das Programm des Soldatenrates.

1. Der Soldatenrat erklärt Hessen-Darmstadt als freie sozialistische Republik bis ein deutscher Republikant gegründet ist.
2. Sämtliche Truppenteile haben sich dem Soldatenrate zu unterwerfen und Gehorsam zu leisten.
3. Bisherige Offiziere und Chargierte werden als Vorgesetzte nicht mehr anerkannt. Die Truppen wählen ihre Führer selbst.

1. Für Verpflegung und Wohnung werden Kommissionen gebildet. Vorkünftig ist die Truppe von der alten Stelle zu verpflegen.

5. Die öffentliche Ordnung muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Zuwiderhandlungen werden streng geahndet.

6. Das öffentliche Geschäftsleben erfährt keine Unterbrechung.

7. Die öffentliche Sicherheit wird durch Soldaten des Soldatenrates verstärkt und haben mit fester Hand die Ordnung aufrecht zu erhalten.

8. Offiziere haben sämtliche Militär-Rangabzeichen abzulegen. Es ist ihnen freigestellt, sich der Bewegung anzuschließen oder ihren Abschied zu nehmen.

9. Alle Soldaten haben sich noch vorläufig als im Militärsstande zu betrachten.

Bei einer Ansprache des Kameraden M.H. im Bahnhofsgebäude an die Arbeiter gingen selbige völlig zum Soldatenrate über.

Die Arbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Es ist kein Blutvergießen vorgekommen.

Die für morgen nach Groß-Gerau einberufene Vertrauensmännerziehung findet im Gewerkschaftshaus in Darmstadt statt.

Ein Aufruf des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, 8. Novbr. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter und Parteigenossen! Ein Teil der von uns gestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien bewilligt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzögerung durch Reichsgesetz eingeführt werden. Die sofortige Parlamentarisierung der preussischen Regierung ist gefordert, ebenso die Verhängung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.

Die Einberufung zum Militär ist rückgängig gemacht.

Nach nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge anderer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintrifft. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung; deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufheben des Antivergleichens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Samstag vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft, eure Entschlossenheit vertreten diesen Aufschub.

Demissionsgesuch des Reichskanzlers.

Berlin, 8. Novbr. Wie wir hören, ist dem Kaiser über die Lage telegraphisch Bericht erstattet worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingetroffen. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat dem Kaiser seine Demission angeboten.

Berlin, 8. Novbr. (WZB. Amtsch.) Der Kaiser, welcher vom Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden gebeten, einzuweisen die Geschäfte des Reichskanzlers weiterzuführen, bis ein endgültiger Beschluß des Kaisers erfolgt ist. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

Das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten.

Einführung des Frauenwahlrechts.

Berlin, 8. Nov. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Reichstagsitzung folgenden Initiativantrag einzubringen:

„Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt

ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zur Volksvereinerung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.“

Dieser Antrag bedeutet also, daß das gleiche Wahlrecht einschließlich des Frauenwahlrechts auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in allen Bundesstaaten eingeführt wird. Damit ist auch die preussische Verfassungsreform zum Abschluß gebracht.

Absetzung der Dynastie Wittelsbach.

München 8. November. (W. B.) Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung im Landtagsgebäude die Absetzung der Dynastie Wittelsbach beschlossen.

München, 8. Nov. (Privat-Tele.) München steht seit gestern abend unter der Herrschaft eines Arbeiter- und Soldatenrates. Ein Militäraufstand hat diesen Zustand in unerbittlicher Entwidlung herbeigeführt. Heute vormittag erscheint folgende Proklamation:

An die Bevölkerung Münchens!

Das juchbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan Freistaat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle Münchener Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit geht an. Bayern wird Deutschland für den Völkerverbund rüsten. Die demokratische und sozialdemokratische Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwidlung der Zustände ohne allen schweren Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindliche Heere die Grenzen überflutet oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird streng die Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos

unterdrückt, die Sicherheit der Personen und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangefastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Die Ablieferung der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter und Bürger Münchens, vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet! Seht alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des namenlosen wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe! Wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt. Der Bürgerkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller werktätigen Münchener!

Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.
Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

Erklärung des Münchener Polizeipräsidenten:

Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten.

München, 8. November morgens 1 Uhr.

Der Münchener Polizeipräsident: (gez.) v. Beckh.

Durch die sich überstürzenden Verhältnisse sind wir nicht in der Lage über alle Einzelheiten ausführlich zu berichten. Wir werden aus diesem Grunde eine Sonderausgabe für morgen Sonntag früh für die Bezieger der Stadt herausgeben.



Die Revolution im Reiche.

Berlin, 8. Nov. (WZ.) Das Kriegerkabinett ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seit dem frühen Vormittag zu einer Sitzung versammelt. Die Meldung eines hiesigen Blattes, wonach der Reichskanzler ins Hauptquartier abgereist ist, ist somit unrichtig. Es verlautet, daß mit Rücksicht auf die Verlebensschwierigkeiten die Frist des sozialdemokratischen Ultimatus bis 6 Uhr abends verlängert worden sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch nicht vor.

Das Straßenbild der Reichshauptstadt ist von den politischen Ereignissen fast gänzlich unbeeinflusst. Es wird in allen Betrieben gearbeitet.

Berlin, 8. Nov. Durch Anschlag an den Bahnhöfen ist heute früh von der Eisenbahndirektion Berlin bekannt gemacht worden, daß der gesamte Personenverkehr auf den nach Berlin führenden Linien eingestellt worden ist. Es handelt sich, wie von amtlicher Seite mitgeteilt worden ist, nur um eine vorübergehende Maßregel, von der der Güterverkehr und der Vorkostenverkehr nicht betroffen werden. Die Beförderung der Briefpost geschieht durch die Güterzüge. Wie der Eisenbahnverkehr, so ist auch der Telegraphenverkehr von und nach Berlin eingestellt worden, desgleichen der Fernsprechverkehr (der später wieder aufgenommen worden ist. D. Red.) Der Fernsprechverkehr in Groß-Berlin ist eingeschränkt worden. Die Lebensmittelzufuhr nach den Großstädten ist sichergestellt.

Berlin, 8. Nov. Das Parteibüreau der unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin wurde heute nachmittags polizeilich geschlossen und der Parteisekretär Barth verhaftet. Auf der Straße wurde der unabhängige Redakteur Däumig festgenommen.

Die Vorgänge in Frankfurt am Main.

Wahl von Frankfurter Soldatenräten.

Frankfurt a. M., 8. Nov. In Ergänzung der Tätigkeit des Wohlfahrtsausschusses und in Abstützung dessen, daß verschiedene Truppenteile ohne Organisation auf eigene Faust vorgehen wollten, begaben sich verschiedene Herren, darunter der Reichstagsabgeordnete Wendel und der Bezirkssekretär Groger zum Chef des Stabes, worauf ein Garnisonbefehl erging, daß heute abend in allen Kasernen die Mannschaften zusammenzutreten sollten zwecks Bildung von Soldatenräten. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei soll in jeder Kaserne die Organisation leiten. Die auf diese Weise gewählten Mitglieder des Soldatenrates werden morgen früh im Gewerkschaftshaus zusammenzutreten, um ihre Forderungen zu formulieren. Der Frankfurter Soldatenrat hat einen Aufruf an die „Brüder im Waffenrock“ erlassen, in dem er darauf hinweist, daß sie in erster Reihe handeln müssen, das große Werk der Erneuerung Deutschlands vor unruhigen Anschlüssen der „Rückwärtler“ zu schützen, aber auch bestimmt seien, Unordnung und Plünderung abzuwehren.

Der Frankfurter Soldatenrat

erläßt folgenden Aufruf:

An unsere Brüder im Waffenrock!
Das Morgenrot der Freiheit geht über Deutschland auf!
Ein Volk erwacht!
Da gilt es, Bürger im Feldgrauen Rod!
In erster Reihe sind wir berufen, das große Werk der Erneuerung Deutschlands von rücksichtlichen Anschlüssen der Rückwärtler zu schützen.
Wir sind aber auch bestimmt, Unordnung und Plünderung zu wehren, da sie die gute Sache schänden und gefährden würde. Darum hat sich zur Ergänzung des Wohlfahrtsausschusses aus den Truppen der Frankfurter Garnison durch freie Wahl ein

Soldatenrat

gebildet, der seine Befugnisse mit dem heutigen Tag antritt. Soldaten! Dieser Ausschuss ist in allen militärischen Angelegenheiten für Euch die zuständige Stelle!

Stellt Euch geschlossen hinter ihn!
Wahrt freiwillige Disziplin!

Für den provisorischen Soldatenrat:

Witt, Neuhardt, Inf. Regt. 81; Müller, Vötker, Inf. Regt. 81; Graf-Ersatz-Abteilung: Ostermann, Berger, Vertman, Madert und Homberg; Cohn, Vst. Inf. Regt. 1831; Harris, Inf. Regt. des Feldart. Regt. 63; Kraftfahrer Georg Konieczny, Sergeant Max Wiebeck, (A. A. 18. Inf. Komp.); Herber, E. Vst. Inf. Regt. 116.

Für die Kriegsbeschädigten: Göttinger, Altmaier.

Umzüge.

Gegen 8 Uhr abends bewegte sich vom Bahnhofplatz durch die Kaiserstraße ein Zug von Soldaten und Zivilisten, dem eine kleine rote Fahne vorangetragen wurde. Die Demonstranten riefen mehrfach „Nieder mit dem Kaiser!“ „Nieder mit den Hohenzollern!“ „Hohe die Republik!“ Die Demonstranten zogen dann zu den Militärgefängnissen und erzwangen die Freilassung der gefangenen Soldaten. In der Landwirtschaftshalle hielt ein Soldat eine Rede, in der er zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Besonnenheit mahnte. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Güttmann, der unter anderem ausführte, es sei notwendig, daß die Arbeiter in den Fabriken Arbeiterräte bilden, und Delegierte für einen Arbeiter- und Soldatenrat wählen. Das gleiche mußten die Soldaten tun. Was angeht die Wahl, sei nicht etwa eine Bourgeoise Republik, sondern die sozialdemokratische Republik. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. — Der Hauptbahnhof ist vom Soldatenrat militärisch besetzt. Ohne Erlaubnis dürfen Zivilpersonen den Bahnhof nicht betreten. Soldaten wurden die Koffern, Offizieren die Kofferstücke und die Kofferstücke entfernt. Wer sich dem widersetzte, wurde abgeführt.

Die Vorgänge im den Nordprovinzen.

Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 7. Nov. (WZ.) Gestern vormittag bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen und begab sich vor das Stationsgebäude. Dort überab der frühere

Stationschef die Wünsche der Matrosen, deren Erfüllung der Stationschef zusagte. Dann entfernte sich der Zug in aller Ruhe und zerstreute sich später im Laufe des Nachmittags. Gestern nachmittag 2 Uhr fand auf dem großen Exercierplatz eine Massenversammlung statt, worin ein auswärtiger Redner aus Bremen im Sinne der unabhängigen Sozialdemokratie sprach. Im Anschluß an diese Versammlung wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, dessen Vorsitzender ein Signalobermaat sein soll. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich im Parkhaus eingerichtet. Heute vormittag 10 Uhr fand wiederum auf dem großen Exercierplatz eine Massenversammlung statt, die einen ruhigen Verlauf nahm. Nach Schluß des Referates eines auswärtigen Redners wurde eine Entschließung im Sinne der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Eine provisorische Provinzialregierung in Schleswig-Holstein.

Kiel, 8. Nov. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Aufruf an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins gerichtet, in dem er die Bildung einer provisorischen Provinzialregierung proklamiert, die im Zusammenarbeiten mit den bestehenden Behörden eine Neuordnung aufzurichten wird.

Hamburg.

Hamburg, 7. Novbr. Die Hamburger Börse war auch heute geschlossen. Der Straßenbahn- und Hochbahnbetrieb wurde morgens um 7 Uhr wieder aufgenommen, wird aber am Nachmittag wieder eingestellt werden. Das Verbot des Aufenthaltes auf den Straßen ist auf 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens abgeändert worden. Sämtliche Geschäfte und Bureaus müssen um 5 Uhr nachmittags schließen. Die Hamburger Theater sind während der Mittwoch-Abendvorstellung auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates geschlossen worden. Sämtliche Gefangenen des Untersuchungsgefängnisses, zirka 600 Personen, sind in Freiheit gesetzt worden. Unter diesen befindet sich neben Schwerverbrechern auch der zum Tode verurteilte Raubmörder Ebert, der seinerzeit den bänntischen Maler Mortensen ermordete, beraubte und in Bergedorf verscharrte.

Hamburg, 8. Novbr. Die letzte Nacht ist ruhig verlaufen. Der Straßen- und Hochbahnbetrieb ist in beschränktem Maße wieder aufgenommen worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat erließ in seiner heute erstmalig erschienenen Zeitung „Die rote Fahne“ folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

Hamburger Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!
Durch die alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände wird versucht, dem durch die Revolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenrat Anfechtungen zu bereiten und die Beine zu zerhacken. Es sind Bestrebungen im Gange, neben dem bestehenden Arbeiter- und Soldatenrat, der alle vorhergehenden Gewalttaten außer Kraft gesetzt hat, neue Delegiertenvertretungen zu schaffen. Der Arbeiter- und Soldatenrat verbietet hiermit der gesamten Presse und allen Druckereien Hamburgs, von Aufrufen der alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände irgend welche Notiz zu nehmen. Jede Verhandlung gegen diese Befehle werden durch sofortige militärische Maßnahmen bestraft werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist nicht das Werk einzelner Personen, die nach Verlassen beiseite gedrängt werden können, sondern er ist das Produkt einer vollzogenen Revolution. Diese Revolution, die die alten Gewerkschaftsvorstände hat, ist jetzt damit beendigt, die entsetzten Volkstrübe auf neue zusammenzufassen, um zu verhindern, daß ein Chaos entsteht. Wir sind willens, mit allen bestehenden Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten, weil wir jedes technische Mittel der Organisation anzuwenden haben, um eine möglichst sofortige Regelung aller gesellschaftlichen und Verkehrsbeziehungen herzustellen. Auch die alten Gewerkschaften, die alten Parteiorganisationen werden Gelegenheit finden, sich in den Dienst einer Zusammenfassung aller proletarischen und militärischen Kräfte zu stellen. Aber es ist unsere Sache, Vorschläge zu machen und Anordnungen zu treffen. Es ist nicht ihre Aufgabe, Forderungen zu erheben. Sobald die Exekutivorgane der in den Betrieben und Kasernen zu wählenden Delegierten gebildet ist, werden wir mit den Gewerkschaftszentralen in Verbindung treten über die Form der Zusammenarbeit. Jeder Versuch aber gegenüber der aus der Revolution geborenen Organisation der Räte, Sonderorganisationen zu schaffen, dient konterrevolutionären Zwecken und muß notwendig zum Chaos führen. Gegenüber jedem derartigen Versuch der Sabotage an der Revolution werden wir mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen vorgehen und vor keinem Mittel zurückweichen.
Unterzeichnet: Arbeiter- und Soldatenrat.

Bremen.

Bremen, 8. Nov. (WZ.) Gestern fand hier gegen 2 Uhr mittags unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Männern und Frauen sowie Militär die bereits gekennnt gegebene große Volksversammlung auf dem Spielplatz an der Nordstraße statt. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Um 2 Uhr bewegte sich ein gewaltiger Zug Demonstrierender nach der inneren Stadt dem Marktplatz zu, wobei sich allgemein das Bestreben bemerkbar machte, die Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Die Spitze des Zuges eröffneten 60 bewaffnete Soldaten, denen eine Trommler- und Pfeiferkompanie und Regimentskapelle, dann wieder Soldaten verschiedenster Regimenter sowie freigelassene Matrosen folgten. Nach Schluß der „Weserzeitung“ nahmen an dem Zuge ungefähr 30.000 Personen teil. Gegen 3 Uhr traf der Zug auf dem Marktplatz ein. Auf der Ballustrade des Rathauses wurden Parteiführer des Arbeiter- und Soldatenrates, ebenso die Musikkapelle. Als Erster sprach der Abgeordnete Henke. Nach der „Weserzeitung“ wies derselbe darauf hin, daß das deutsche Volk angeblich eine Volksregierung bekommen habe und demokratische Rechte dazu, daß das aber alles nicht wahr sei. Man müsse auf die eigene Kraft vertrauen und die Rechte, die das Volk nach dem langen Kriege haben wolle, sich selbst verschaffen. Redner sprach die Heberzeugung aus, daß sich die Bewegung, die an der Wasserfront eingesetzt habe, rasch ausbreiten werde. So seien neben Bremen auch Kiel, Wilhelmshaven, Hamburg, Lübeck und Hannover in den Händen der Revolutionäre. Zu beachten aber sei, daß jeder Mann Selbstschutz bewahre, die zur glücklichen Durchführung der Bewegung unbedingt notwendig sei. Henke schloß mit einem Hoch auf die Freiheit, nachdem er die Abdankung der deutschen kaiserlichen Häuser als unbedingt notwendig bezeichnet hatte. Nach ihm sprach der Soldat Wilhelm vom Soldatenrat. Er betonte, daß die Annahme der 14 Punkte Wilsons durch die Entente nicht zuletzt auf die einseitige revolutionäre Bewegung in Deutschland zurückzuführen sei. Seinerzeit habe Wilson darauf hingedeutet, daß nur dann ein Rechtsfrieden für die Entente möglich sei, wenn das Volk selber die Macht in den Händen hätte. Wäre das nicht der Fall, so müsse es bedingungslos kapitulieren. Die Soldaten hätten erkannt, welche Schmach dem Vaterlande bevorstehe, und hätten nun alles getan, um die

Voraussetzungen Wilsons zu erfüllen und Deutschland somit vor einer Unterjochung durch die Entente zu bewahren. Niemand könne also den deutschen Soldaten den Vorwurf machen, daß sie unpatriotisch gehandelt hätten. Das Gegenteil sei der Fall. Wilsons schloß mit einem Hoch auf die sozialistische Republik, Gesangsbeiträge auf der Ballustrade beschlossen die Kundgebung.

Bremen, 8. Nov. (WZ.) Wie die „Weserzeitung“ aus Wilhelmshaven meldet, wurde in der Sitzung der Delegierten im Rathause gestern abend ein Ausschuss von 21 Mann, der wiederum einen Finanzausschuss einsetzte, gebildet. Die wichtigsten Nachrichtenstellen werden von Vertrauensmännern der Arbeiter- und Soldaten besetzt. Am Donnerstag vormittag fand hier eine große Versammlung auf dem Militärplatz statt, an der etwa 30.000 Mann teilgenommen haben dürften. In verschiedenen Reden wurde zur Besonnenheit gemahnt. Danach wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Abschaffung der Monarchie gefordert wird. Die Versammlung zog dann in geordneten Zuge durch die Stadt. Der Ausschuss legte besonderen Wert auf den Fortgang der Lebensmittelversorgung für die Militär- und Zivilverwaltung. Auf den Werken dürfte die Arbeit am Freitag wieder aufgenommen werden.

Bremen, 8. Nov. (WZ.) Die „Weserzeitung“ meldet unter dem 6. d. Mts. aus Wilhelmshaven: Auch hier verweigerten die Matrosen dem Kommandanten den Gehorsam. Aus Oldenburg trafen einige hundert Mann mit Maschinengewehren ein. Von Wilhelmshaven wurden einige tausend Matrosen mit Extrazügen nach dem Innern Deutschlands transportiert. Schwatztätigkeiten kamen nicht vor, aber sämtliche Schiffe sind in der Hand der zurückgebliebenen Matrosen. Der unmittelbare Anlaß zu den Unruhen war die Furcht der Soldaten, daß die Offiziere sie wieder auf den Schiffen in eine Seeschlacht führen wollten. Es ging das Gerücht, daß die Marine dem Reichskanzler nicht unterstellt sei. Man fürchtete, daß das Vorhaben der Offiziere die Friedensverhandlungen stören würde. Von verschiedenen Seiten hört man, daß die Matrosen betont, sie würden, wenn der Feind sich Wilhelmshaven nähern sollte, ihren Platz wieder einnehmen, um das deutsche Gebiet bis zum Meeresküsten zu verteidigen.

Arbeiter- und Soldatenrat in Köln.

Köln, 8. Nov. In einer soeben stattgehabten überaus hart besuchten Versammlung wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat für Köln gebildet, der sein Bureau im Rathaus aufgeschlagen hat. Der Bürgermeister hat angeordnet, daß die zur Entlassung gekommenen Gefangenen in den Schulen durch die Stadtküche gespeist werden. Von dem Versammlungsleiter wurde nachdrücklich zur Ruhe gemahnt.

Demonstrationen in Leipzig.

Leipzig, 8. Nov. Die in Leipzig garnisonierenden Truppen und die von auswärts nach hier kommenden Urfrauer haben heute nachmittag in einzelnen Trupps unter Mitnahme toter Fahnen die Straßen durchzogen. Dem Vernehmen nach soll bereits ein Soldatenrat gebildet sein und in Tätigkeit treten. Mit Sonntag sind größere Volksversammlungen beabsichtigt. Der Leipziger Hauptbahnhof ist militärisch besetzt und der Zugverkehr nach auswärts eingestellt. Heute morgen kamen etwa 150 Matrosen, zum Teil Angehörige des Linienschiffes „König“, auf dem bekanntlich reboliert worden ist, in Leipzig an und schlossen sich den hiesigen Soldaten an.

Rücktritt des preußischen Ministeriums.

Berlin, 8. Nov. (WZ.) Die Herren Staatsminister Drews, Schmidt, v. Eichenhart und Herzog haben ihre Entlassung erbeten; auch hat der Staatsminister v. Walldow erneut um seine Verabschiedung nachgesucht. Das Abschließes des Staatsministers v. Breitenbach liegt bereits seit längerer Zeit im Kabinett.

Der sterbende Krieg.

Ueberreichung der Waffenstillstandsbedingungen.

Ablehnung der Waffenruhe.

Berlin, 8. Novbr. Die Waffenstillstandsbedingungen sind der deutschen Delegation überreicht worden. Sie sind unterwegs nach Berlin, der Inhalt ist noch nicht näher bekannt. Bis zum Montag müssen sie en bloc angenommen werden. Die Waffenruhe ist von Hoch abgelehnt worden.

Amsterdam, 8. Nov. (WZ.) Das Bureau „Radio“ teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen über den Waffenstillstand, sowie die dringende Aufforderung, sie binnen 72 Stunden, die Montag vormittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen.

Der deutsche Vorschlag zu sofortigem Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde von Hoch abgelehnt.

Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem deutschen Hauptquartier gebracht worden.

Einstellung des deutschen Feuers an der Westfront.

Haag, 8. Novbr. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet vom 7. November aus Paris: Der deutsche Oberbefehlshaber Lech den Marschall Hoch durch ein Telegramm wissen, daß die Bevollmächtigtenkommission, im ganzen 10 Personen, unter der Leitung des Staatssekretärs Erzberger, eine Reisebestimmung erlassen habe und nicht früher als Donnerstag abend zwischen 8 und 10 Uhr in Landroy, 2 Kilometer nordwestlich von La Capelle, sein könne. Dieses ist der von General Hoch angegebene Verhandlungsort. Der deutsche Oberbefehlshaber teilte ferner mit, daß er den Befehl erteilt habe, das Feuer an der Front von heute nachmittag 3 Uhr ab einzustellen.

Berlin, 8. Nov. (WZ. Amtlich.) Die deutsche Waffenstillstandskommission ist gestern mittag aus dem Großen Haupt-



quartier nach den französischen Linien abgezogen. Die Kommission besteht aus dem Staatssekretär Erzberger als Vorsitzendem, dem Generalen Grafen Oberndorff, Generalmajor v. Winterfeldt und Kapitän z. S. v. Banfelow. Als zweite Staffel haben um 3 Uhr nachmittags Hauptquartier der Seeresgruppe Deutscher Kronprinz: Major Dürkerberg, Major Brindmann, Major Kriebel, Major v. Wittlicher und Legationstatthalter v. Persner.

Berlin, 8. Novbr. Die Waffenstillstandskommission, der sich General v. Gumbel im letzten Augenblick nicht angeschlossen hat, ist gestern in später Stunde an der bezeichneten Stelle eingetroffen. Es wird angenommen, daß die Waffenstillstandsbedingungen heute früh mitgeteilt worden sind. Da es sich aber um eine längere Automobilsahrt handelt, welche die Kommission zu unseren Truppen zurückzuführen hat, so dürften die Verhandlungen vor heute abend hier nicht bekannt werden. Sollten sogar Verhandlungen nötig sein, so wird wahrscheinlich noch längere Zeit vergehen müssen.

London, 11. Novbr. (Menter-Melbung). Der Erste Seelord der Admiralität, Sir Rosslyn Wemyss, wird als Vertreter der britischen Flotte den Waffenstillstandsverhandlungen beiwohnen.

Amsterdam, 8. Novbr. Das Bureau Radio teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen über den Waffenstillstand, sowie die dringende Aufforderung, sie binnen 2 Stunden, die Montag vormittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zu sofortigem Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde von Koch abgelehnt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem deutschen Hauptquartier gebracht worden.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 8. Nov. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Franzose, der sich nordöstlich von Dübenaarde erneut an dem östlichen Scheide-Är festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß geworfen. Zwischen der Schelde und der Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht plangemäß weitergeführt. Vor unseren neuen Linien entwickelten sich nachmittags Kämpfe, die südlich der Staße Valenciennes-Mous, an der Sambre, nördlich von Avesnes und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan. Westlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgebiete westlich von Brandeville.

Der Erste Generalquartiermeister: Grüner.

Der Abendbericht.

Berlin, 8. Nov. Abends. (W.B. Amtlich.)
An der Westfront ruhiger Tag.

Hessischer Landtag.

Zweite Kammer.

Darmstadt, 8. Novbr.

Die Tribünen sind wieder überfüllt; dagegen ist das Haus selbst schlecht besetzt, namentlich rechts und in der Mitte. Am Regierungstisch die drei Minister. Um 12 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung und erteilt sofort dem Reichsratspräsidenten das Verfassungsausschusses Abg. Dr. Stephan das Wort.

Der Ausschuss beantragt: Die Kammer stellt für die als notwendig erkannten Änderungen der verfassungs- und verwaltschaftlichen Gesetzesbestimmungen folgende Grundzüge auf:

1. Uebereinstimmende Beschlüsse beider Kammern über Regierungsvorlagen haben Gesetzeskraft. Verlangt die Erste Kammer einen Beschluß der Zweiten Kammer ihre Zustimmung, so ist dies ohne Einfluß, wenn die Zweite Kammer mit zwei Dritteln Mehrheit bei der Beratung des Hauptvoranschlags mit einhelliger Mehrheit ihren Beschluß aufrecht erhält.
2. Durchgreifende Reform der Ersten Kammer. Wahl der Vertreter. Stärkere Vertretung von Handel, Industrie und Handwerk. Vertretung der Bauern und Arbeiter, der staatlichen, kommunalen und Privatbeamten und sonstiger für das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben bedeutsamen Berufsstände von Berufswählern. Befreiung der Vermögungen und des Geburtenvortrags.
3. Ernennung der Minister auf Vorschlag der Zweiten Kammer.
4. Revision des Gesetzes von 1858 über die Rechtsverhältnisse der Standesherren.
5. Verbot der Neuschaffung von Familienidealkommissionen, Zulassung der Erweiterung bestehender Familienidealkommissionen nur mit landständischer Genehmigung. Möglichkeit zur Entziehung von bestehenden Familienidealkommissionen.
6. Prüfung der Frage des Uebergangs des Familieneigentums des Großh. Hauses in das Eigentum des Staates. Steuer- und Abgabefreiheit der Großh. Familie wird aufgehoben.
7. Wahlberechtigt ist jeder Hesse, der 25 Jahre alt ist oder Kriegsteilnehmer gewesen ist und an der Front gestanden hat und volljährig ist, die hessische Staatsangehörigkeit besitzt zurzeit der Wahl drei Monate in Hessen seinen Wohnsitz hat. Nichtzahlung der Steuern und Armenunterstützung hindert nicht die Wahlberechtigung. Befreiung des Wahlrechts.
8. Verhältniswahl in den einzelnen Provinzen. Befreiung des Privilegs der kleinen Städte. Wahlpflicht. Sonntagswahl von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.
9. Die Zweite Kammer wird bei jeder Neuwahl ganz erneuert. Voraussetzung dafür ist eine Wahldauer von 5 Jahren.
10. Das Wahlrecht der Frauen zu Gemeinde- pp. Vertretungen kann in Gemeinden über 1000 Einwohner auf Beschluß der Gemeinde- pp. Vertretungen eingeführt werden. Frauen sind zu Deputationen und Kommissionen usw. in allen kommunalverwaltungen wählbar.
11. Aufhebung der Kulturkampf- und Ordensgesetze.
12. Sinngemäße Anwendung des Landtagswahlrechts auf die Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen.
13. Schaffung eines Landesarbeits- und Wirtschaftsamtes zur Regelung sämtlicher wirtschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiterfragen.

14. Schaffung eines Landesernährungsamtes, den alle Ernährungsfragen unterstellt sind.

und richtet an die Großh. Regierung das Ersuchen, unverzüglich die zur Durchführung dieser Grundzüge erforderlichen Gesetzesvorlagen, soweit sie sich auf die Landstände beziehen, zur Beschlußfassung vorzulegen und die übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Abg. Dr. Osann (natl.): Nach dem ersten grundlegenden Schritt der Parlamentarisierung in die neue Zeit war es notwendig, diese Institution zu schaffen. In ihr ist niedergelegt, was unbedingt erforderlich ist. Sie muß für die zukünftige Regierung das Glaubensbekenntnis bilden. Mit größter Genugtuung darf die Einmütigkeit festgesetzt werden, mit der im Ausschuss diese Punkte vereinbart wurden. Selbstverständlich ging das nicht ohne Kämpfe ab. Es kostete Opfer der Ueberzeugung. Klar sind die einzelnen Punkte erkannt und es kann keiner nachher kommen und sagen: „Wie ich sie verstehe“. Der Staatsminister hat uns gestern im Ausschuss bringend aus Herz gelegt, wir sollten an der Einigkeit in der Kammer festhalten, keine Partei ausschalten. Das wollen wir. Und diese Einmütigkeit muß draußen in der Bevölkerung den besten Eindruck machen. Weit besser, als wenn ein Rechts- oder ein Links-Block gebildet worden wäre.

Abg. v. Helmsolt (W.B.): Der Betonung der Einmütigkeit (schließen wir uns an. Ich brauche nicht zu verhehlen, daß es uns manches Opfer der Ueberzeugung gekostet hat. Manches, das uns früher heilig war, mußten wir jetzt preisgeben. Für unsere Zustimmung zur Bildung von Landesarbeits- und Ernährungsämtern haben wir den ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, daß in diesen Ämtern eine partiielle Behandlung der Verbraucher- und Erzeugerinteressen Platzgreift. Mit dem gleichen guten Willen, der uns im Ausschuss besetzte, können wir in dieser überaus kurzen Zeit auch weiter zusammenarbeiten, um unserem Lande den inneren Frieden zu erhalten. (Bravo! im Bauernbund.)

Abg. v. Drentano (Hr.): In mühevoller Arbeit ist dies Programm für den Uebergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat geschaffen worden. Wir werden zukünftig in Hessen das freieste Wahlrecht in Deutschland haben. Wir fordern sofortigen Frieden! Aber hier im Lande wollen wir uns nicht die Gurgel abschnitten. Wir wollen Ernst machen mit dem neuen Programm. Und zwar sofort! Dann hat sich die Kammer um Wohl des Landes ein Verdienst erworben. Mögen wir mit dem neuen Programm besseren und glücklicheren Zeiten entgegengehen.

Abg. Ulrich (Soz.): In dieser schicksalsschweren Stunde dürfen wir nicht abseitsgehen. Was im Interesse des Landes notwendig erscheint, glauben wir in der Leistung vorgefunden zu haben. Der kommenden Regierung muß mit diesem Programm Weg und Richtung gezeigt werden, das wir mitzumachen entschlossen sind. Dann wird es wohl möglich sein, ruhigen und sicheren Fortschritt zu bringen. Ich will heute nicht wiederholen, was die Sozialdemokraten darüber hinaus noch fordern müssen und was ich gestern hier skizziert habe. Was heute vorgelegt ist, bedeutet für uns ein Minimum. Und im Geiste dieser Forderungen muß unter allen Umständen gewirkt werden. Das soll auch die jetzt abgehende Regierung beachten. In dieser Zeit, wo Throne trachten und ganze Geschlechter ins Nichts zurückfallen, die jahrhundertelange die Herrschenden stellten, da hat man keine Zeit und kein Verständnis für die Ernennung von Hofratern und heraldischen Scherze. Nur unsere Regierung scheint sich darüber noch Kopfschmerzen zu machen. Es ist jetzt die Zeit der Volksregierung! Das neue Programm bildet und leitet, der davon abweicht oder abweichend will, wird ein Verräter an diesen Grundzügen sein. Niemand darf kommen und sagen, die Bestimmungen, wie ich sie aufstelle. Die Aufrechterhaltung dieser Grundzüge wird das Volk behüten. Die Massen des Volkes brauchen werden sie strecken. Und die Ausführung der Grundzüge, unverzüglich und genau können Ruhe und friedliche Entwicklung im Innern befürworten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Reih (Fortf.): Jeder ist sich des Ernstes der Stunde wohl bewußt. Am Reichesgedanken müssen wir unbedingt festhalten. (Bravo!) Wir lehnen alle Verantwortung ab für Verstärkungen, die die Einheit des Reiches gefährden können. Wir wollen an dem monarchischen Staat nicht rütteln. Aber dem Volke müssen wir das geben, was ihm gehört, die gesetzgebende Gewalt. Mit der Einführung eines Wirtschafts- und Ernährungsamtes erfüllen wir einen berechtigten Wunsch der Sozialdemokraten. Für die Ausführungen des Programms wollen wir hier einstehen. Aber das Land draußen soll auch Ruhe und Besonnenheit walten, es möge sich die hier im Hause waltende Einmütigkeit als Vorbild nehmen. (Bravo!)

Die Grundzüge wurden darauf angenommen. Präsident Köhler: Ueberraschend schnell hat man hier gearbeitet. Möge das hessische Volk daraus einnehmen, daß man hier im Hause gewillt ist, den Ansprüchen des Volkes gerecht zu werden, eine neue Zeit zu beginnen. Unruhe brauchen könnten nur den neuen Bau unseres Verfassungslebens gefährden. Die Regierung möchte ich bitten, eine Stellungnahme der Ersten Kammer über diese Beschlüsse schnellstens herbeizuführen. (Der Staatsminister verbeugt sich zustimmend.)

Ohne weitere Debatten wird dann folgender Antrag angenommen: Die Regierung wird ersucht, a) eine allgemeine Amnestie und Kolonisation bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen und Rehabilitationen gegen die öffentliche Ordnung herbeizuführen, es sollen eingeschlossen sein die Vergehen und Rehabilitationen der Bestimmungen über die Versorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, insoweit die zu Grunde liegenden Tatbestände nicht aus wucherischer Bereicherungsbasis oder doch groß eigennütziger Gesinnung entspringen; b) die Staatsanwaltschaften anzuweisen, alle in dieser Richtung noch nicht rechtskräftig erledigten Verfahren und die Strafvollstreckung bereits rechtskräftig erkannter Strafen bis zum Erlaß der Amnestie einzustellen; c) ferner bei den zuständigen militärischen Kommandostellen eine Amnestie wegen aller disziplinarer und anderen militärischen Vergehen der dem hessischen Kontingent angehörigen Militärpersonen sowie die Herabsetzung der Bestimmungen des Wehrdienstgesetzes in dem Sinne zu beschließen, daß die Einlegung der Beschwerde die Vollstreckung einer Strafe bis zur rechtskräftigen Entscheidung aufschließt.

Weiter haben die Vertrauensmänner der Kammer beantragt, den Großherzog um die Bildung eines Staatsrats zu ersuchen.

Staatsminister v. Swald: Die Regierung ist damit durchaus einverstanden, der Antrag entspricht völlig einem Wunsch der Regierung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Aus der Zweiten Kammer sollen dem Staatsrat angehören: Von den Nationalparlamentarier die Abgg. Köhler und Osann, vom Bauernbund Korb (Angenroth) und von Helmsolt, vom Zentrum Liebel und v. Drentano, von den Fortschrittlichen Reih und Reich und von den Sozialdemokraten Ulrich und Dr. Fulda.

Darmstädter Nachrichten.

Gegen die Geschlechtskrankheiten. Am Dienstag sprach im Naturheilverein Herr Schirmer über Bevölkerungsfragen: Geburtenrückgang, Wohnungsnot und Geschlechtskrankheiten vom Standpunkt der naturgemäßen Lebens- und Heilweise. Mit dem Ziele eines Reichesgesetzes, das die Vermehrung der Bevölkerung bezweckt, kann man sehr wohl einverstanden sein, ohne jedoch die zur Erreichung vorgesehenen Mittel anzuerkennen

zu müssen. Auf zwei Ursachen glaubt man den Geburtenrückgang seit 1902 zurückführen zu können: Unlust und Unfähigkeit zur Aufzucht einer zahlreichen Nachkommenschaft infolge von Geschlechtskrankheiten. Wenn aber der Geburtenrückgang an der Zunahme der Geschlechtskrankheiten und an der dadurch bedingten Abnahme der Geburten sei die Naturheilbewegung schuld und die von ihr ausgeübte Kurierfreiheit der Laien, so gilt es, scharf diese Behauptungen zurückzuweisen. Denn Abnahme der Geburten ist hauptsächlich auf Erziehungsfehler des Volkes zurückzuführen. Hier gilt es, die Jugend geschlechtlich zu schützen durch geschlechtliche Aufklärung, die von Eltern, Lehrern und Pfarrern gegeben werden kann. Ein Jugendpflegegesetz soll die Jugend in Gesellschaft führen, die von Verführungen abhält, auch die Früchte hilft vor weiterer sittlicher Zerrüttung des Volkes; die Auflösung des Familienlebens muß verhütet werden durch Wohnungsreform, die das Mietskafarenelend der Städte beseitigt und hinführt zur gartenstadtmäßigen Besiedelung des Landes. Wie will aber der Geburtenrückgang der Bevölkerungsabnahme vorbeugen? Er fordert eine Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch Behandlungszwang ausschließlich durch approbierte Ärzte, unter Umständen eine Durchföhrung dieses Zwanges bis zur Internierung der Geschlechtskranken und Verhütung der öffentlichen Behandlung desbezüglicher Fragen sogar durch Kerker. Diesen Mitteln hat die Naturheilbewegung seit Jahren ihren erprobten Standpunkt entgegengehalten, von dem sie auch jetzt nicht abgehen kann, ohne sich zu verlegen. Denn die Kurierfreiheit ist ein bürgerliches Recht, das man nicht ohne Not preisgeben darf. Pflücker schließt die Naturheilbewegung von sich ab, seit Jahren bekämpft sie schon die Fernbehandlung von Kranken und verurteilt die Veröffentlichung von Heilberichten. Verlangen aber muß sie eine freie Kritik auch der wissenschaftlichen Tätigkeit, denn der Mensch ist nicht nur Objekt des Arztes, sondern hat ein freies Recht auf seinen Körper. Statt verbitternden Zwanges, der nicht immer zum Ziele führt, beuge man vor durch physikalisch-diätetische Heil- und Lebensweise, die die Konstitution stärkt. Die neue Zeit, die neue Lebenserscheinungen geschaffen hat, wird mit uns sein, daß dieser Geburtenrückgang nicht zum Geschehen wird. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten wird möglich sein durch erzieherische, sozialhygienische und sozialpolitische Maßnahmen, wie sie die Naturheilbewegung seit Jahren vertritt.

Der 4. Vortrag des Herrn Dr. E. Leut über „Unbewußtes Denken“ findet am Montag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Saale der Akademie für Luthern, Elisabethenstr. 36, statt. Er behandelt: Die Bedeutung des Unbewußten für die Wissenschaft und Märchenforschung. Karten zu 3 Mark abends an der Kasse.

Hoffmeier. Zur Feier von Schillers Geburtstag wird morgen Sonntag das Demetrius-Fragment des Dichters aufgeführt. Anschließend findet die Aufführung des Demetrius-Fragments von Heibel statt. Als Volksvorfstellung zu ermäßigten Preisen ist für Montag, den 11. „Griqi“ angelegt. Dienstag, den 12. 6 1/2 Uhr abends, wird „Lohengrin“ gegeben. Am Mittwoch, den 13., beginnt der Schiller-Festtag mit einer Aufführung „Der Räuber“. Der Festtag umfaßt außerdem Aufführungen von „Kabale und Liebe“, „Brant von Messina“ und „Demetrius“. Für diesen Festtag wird ein Sonder-Abonnement aufgelegt, dessen Verkauf bereits begonnen hat. Für Donnerstag, den 14., ist eine Wiederholung von „Versteigt“ und „Coppelia“ in Aussicht genommen.

Aus Hessen.

Gräfenhausen, 8. Novbr. Vergangene Nacht wurde in der Hofraute des Herrn Georg Kornet dahier eingebracht und ein wertvolles Kind gestohlen und hinter seiner Scheune abgeworfen. Die Täter sollen mit Säcken und Körben mit dem ersten Zuge nach Frankfurt abgedampft sein. Außerdem sollen sie noch ein Fahrrad mitgenommen haben.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Knoblauch. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Alwin May. Druck und Verlag Darmstädter Genossenschafts-Druckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Darmstadt.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Darmstadt Freie Turngemeinde. Samstag abend 8 1/2 Uhr Mit glieder-Veranstaltung im Gewerkschaftshaus.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, den 9. November 1918. Außer Abonnement. 15. Volks-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Der Barbier von Sevilla.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Sonntag, 10. November. 46. Ab-Vorstellung D 12.
Neu einstudiert: Demetrius.
Gewöhnliche Preise. Anfang 7 Uhr.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Verwandter, Bruder und Onkel,

Herr Heinrich Knuth II.

heute morgen 5 Uhr verstorben ist.
Griesheim, den 7. November 1918.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Dina Knuth und Kinder.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr statt. (3703)

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so schweren Verluste unserer lieben Gattin u. Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Tante

Katharina Bergsträßer

geb. Knuth
sagen wir hiermit allen Verwandten, Bekannten, Nachbarn, Altersgenossen und Genossen für das so zahlreiche Gedeite zur letzten Abschiede und die vielen Kranz- und Blumen-spenden unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pastor Gerhard für die tröstenden Worte am Grabe.
Griesheim, den 9. November 1918.
Ludwig Bergsträßer und Kinder
Peter Knuth IV. und Familie. 8728

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.



Kurland-Ausstellung

des
Deutschen Ausland Instituts Stuttgart
Darmstadt.

Gewerbemuseum, Neckarstrasse

24. Oktober bis 17. November täglich von 10 bis 5 Uhr
Eintritt 50 Pfg. Soldaten u. Kinder 20 Pfg.
Führungen werden nach vorheriger Anmeldung für gruppenweisen Besuch gern eingerichtet.
Telefon 771. 3888

Schuh-Kursus!

Elisabethenstrasse 35, Laden.

Am Dienstag, 12. November
beginnt ein neuer Kursus für
hohe garant. wasserdichte Straßenschuhe
Nachmittags erteilt sowie Anmeldungen nimmt entgegen
Frau Eina Krause, Darmstadt,
Elisabethenstrasse 35 im Laden
Beachten Sie bitte meine Ausstellung daselbst.

Achtung! Schuhmachermeister!
Sohlenhücker „Imperator“
nur in bester Ausführung, als Nagel verwendbar, in 1000 Stück- und 100 Stück-Packungen zu billigsten Tagespreisen. Zu beziehen durch
Fabriklager **Otto Caspar, Arbeitelstraße 10**
Darmstadt.

Haben Sie schon daran gedacht!
Ihr Anzug, Pelot, Kostüm usw. durch wenden wie neu wird?
Dass Sie dadurch am billigsten (der Jackentanzung zu wenden kostet
Mk. 55.-).

Ohne Bezugschein
noch gute haltbare Kleidung bekommen? ebenso durch Umänderungen
Machen Sie einen Versuch!
Annahmestelle: **Gottfr. Proeser, Darmstadt**
Elisabethenstrasse 41. 3433

Alle

Schuhreparaturen, wie Auflagen von Riestern, Sohlenflecken, ganzen Sohlen usw. können Sie ohne Garn und Nägel spielend leicht selbst vornehmen.

Kaufen

Sie sich deshalb, wenn Sie im Interesse Ihrer Gesundheit Ihre Füße vor Nässe bewahren wollen, eine Dose

AGO

diesen volkswirtschaftlich wichtigen Klebstoff, der in keinem Haushalte fehlen darf.

Dose Mk. 1.25

Internationale Elastigen Compagnie m. h. H.
Darmstadt, Alexanderstrasse 6. 3698

100 bessere möblierte Zimmer
werden durch das städt. Wohnungsamt gesucht. Meldungen
alsbald in Waldstraße 19, Zimmer 2, Fernruf 371. 3726
Städtisches Wohnungsamt. Schrauth.

Photographen-Junung Darmstadt,
für den Kreis Darmstadt.

Die für Weihnachtsgeschenke bestimmte photogr. Aufnahmen, bitten wir, schon jetzt in Auftrag zu geben. Besonders größere Portraits, werden meistens so spät bestellt, daß deren Vorfertigung nicht mehr möglich ist, und viele Klienten, solche Aufträge im Dezember nicht mehr ausführen können. Auch sei darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der 3. H. herrschenden, unangünstigen Lichtverhältnisse, es rasam erscheint, die Zeit von 11 bis 3 Uhr für die Aufnahmen zu wählen.

Der Vorstand der photogr. Junung Darmstadt.
J. A.: Hans Schramm, Obermeister.

Psaff

Nähmaschinen
Beste deutsche Marke.
Alleinvertrieb in Startenburg 3684

August Engel, Darmstadt
Schuhardstraße 8
Reparaturen aller Systeme
prompt und gewissenhaft.

Darmstädter Konsum-, Spar- und Produktions-Genossenschaft e. G. m. b. H.

Auszahlung der Rückvergütung in Höhe von 37172.15 Mk.

Für die Stadt (im Kontor Schloßgartenplatz 11):
für die Rrr. 1 bis 2000: Montag, 11. Nov., für die Rrr. 2001
bis 4000: Dienstag, 12. Nov., für die Rrr. 4001 bis Schluß:
Mittwoch, 13. Nov. 1918, jeweils vormittags von 9 bis 12 Uhr
und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.
Für das Land (in den Verkaufsstellen):
Griesheim: Donnerstag, 14. Nov., vormittags von 9 bis 11 1/2
Uhr im neuen Laden 16, Alte Darmstädter Straße.
Weiterstadt: Freitag, 15. Nov., nachmittags von 2 1/2 bis 7 Uhr.
Eschsbach: Samstag, 16. Nov., vormittags von 9 bis 12 Uhr.
Pfungstadt: Sonntag, 17. Nov., nachmittags von 2 1/2 bis 5 1/2 Uhr.
Groß-Simmern: Dienstag, 19. Nov., mittags von 12 bis 2 1/2
Uhr.
Rohrborn: Dienstag, 19. Nov., nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
Veldenbach: Donnerstag, 21. Nov., vormittags von 10 bis 12 Uhr.
Nieder-Ramstadt: Freitag, 22. Nov., nachmittags von 2 bis 5 1/2
Uhr.
Düdelborn: Samstag, 23. Nov., vormittags von 10 bis 12 1/2
Uhr.

Wir bitten, die festgesetzte Zeit pünktlich einzuhalten. An
Kinder wird die Rückvergütung nicht ausbezahlt.
Bis zum 24. Dezember nicht abgehobene Rückvergütung
wird den Mitgliedern gutgeschrieben.

Der Vorstand.

Der 4. Vortrag des Herrn Dr. C. Vent über „Unbewusstes Denken“ findet am Montag, den 11. November abends 8 Uhr im Saale der Akademie für Tonkunst, Elisabethenstr. 36, statt. Er behandelt: Die Bedeutung des Unbewussten für die Mythen- und Märchenforschung. Karten zu Nr. 3. — abends an der Kasse. 3721

**Eisen- und Stahlwaren, Haus- und Küchen-
geräte, Zinkwaren, Bürsten und Besen sowie
Schuhtren schwarz und braun, Ofenwische, Gas-
und Petroleumzylinder, Taschenmesser, Scheren,
Ferner: Eßlöffel, Teelöffel, Gabeln versilbert und
gewöhnlich, Küchenmesser, Hackmesser, Wiegeme-
sser, Wäschetrockner, Waschbretter, Bügeleisen,
Gasanzünder usw. kaufen Sie vorteilhaft bei**
H. Wachaels, Wenckstraße 2,
früher Haus Neurohr. 3727

**Zellstoff-
Gewebe**

beste Gewebe
für Möbelbezüge und
Vorhänge
Abgepaßte
Delorationen
in großer Auswahl
Läuferstoffe
in verschiedenen Breiten
Matten Vorlagen
Divan- und Tisch-
decken
Kräftige Mischgewebe
für Teppiche
bis 180 cm breit. 3695

**Darmstädter
Teppich- und
Gardinen-Haus
Heinrich Meyer**
Ernst-Ludwigstraße 19.

**Zirka 15 Maurer
und Tagelöhner**
sofort gesucht für Winter-
beschäftigung.
Gehr Mader pfungstadt
Baugeschäft. 3461

Wächter

gesucht.
Bach- und Schließgesellschaft
Elisabethenstr. 31, 3558

Heirat.

Witwer mit 3 Kinder sucht Brief-
wechsel mit einfr. tüchtig. Mädchen
oder Witwe nicht unter 40 Jahren
jedoch späterer Heirat, am liebsten
vom Lande. Vermögen zwecklos.
Gef. Angebote unter 3711 an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Heirat.

Alleinst. Jgl. Anf. 40er Jähr. im
Haushalt etw. Exp. 4 Zim. Aus-
steuer. hübsch. Heim. von angenehm.
Menschen. heit. Wesen jedoch erster
Lebensaufsch. möchte einem einlam.
im Leben stehenden Herrn nicht u.
45 J. auch Kriegsdienst. eine treue
Beziehungsfähigkeit sein. Angeb. u.
Nr. 3721 an d. Exped. ds. Bl.

Vom 1.—15. November.

Orpheum Tel. 889

**Morgen, Sonntag,
10. Novbr.**

2 Vorstellungen 2
nachm. 1/4 Uhr
abends 8 Uhr

In beiden Vorstellungen das
gleiche grosse Programm.

Vorverkauf f. Sonntagabend:
Verkehrsbüro (bis
12 1/2 Uhr mittags), Kaiser-
Automat, Rheinstr. Sonntags
ununterbrochen. 3609

Kassöffg.: Sonntg mittg. 2 Uhr

Antiquitäten

Altgerätemöbel aller Art, die
vom Verleher, gebrauchter Woh-
nungseinrichtungen sind —
alle Delbilder, bunte Stiche, alte
Lassen mit Ansichten, alte Figuren
mit Beschen usw., wer solches zu
verkaufen beabsichtigt, wende sich
an 3657

Eugen Wagner
Tapator und Auktionator
Telefon 2943. Raackstraße 41.

Kranthobel
an verkaufen. Sendebach,
Magdalenenstr. 6, Hinf. 2. St. 3517

Zu verkaufen:

1 vierrädr. Handlastenwagen,
20 m. langes Hansjeil, fast neue
silberne Herrenremontoiuhr,
Clarinette u. Fahrrad mit Er-
fahrereinstellung. Riesstr. 80 u.

Bekanntmachung.

Leiberabfälle jeder Gattung und Herkunft, ausschließlich der
aus dem Ausland eingeführten sind mit Wirkung vom 19. Okto-
ber 1918 ab beschlagnahmt. Die Beschlagnahme hat die Wir-
kung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr
berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Ver-
fügungen über sie nichtig sind. Alle Besitzer solcher Gegenstände
sind verpflichtet, auf Verlangen der Erfahrungslohnengesellschaft der
Kriegsleider-Aktiengesellschaft, der Riemenfreigabelwerke oder der
von diesen bezeichneten Stellen diese zu den festgesetzten Höchst-
preisen zu verkaufen.

Sind diese beschlagnahmten Gegenstände nicht bis zum
19. Dezember 1918 oder nach Anfall oder Erwerb veräußert
oder der Erfahrungslohnengesellschaft zum Höchstpreise angeboten, so
sind sie von den Besitzern, falls der Gesamtbestand an Leiber-
abfällen mehr als 100 Kilogramm beträgt, der Erfahrungslohn-
gesellschaft zu melden. Die Anmeldung chronologischer Abfälle
hat an die Kriegsleider-Aktiengesellschaft zu erfolgen. Bezügliche
Meldevordrucke sind von diesen Gesellschaften erhältlich.

Darmstadt, den 5. November 1918.
3708 **Städtische Bekleidungsstelle. Lindt.**

Wiesen - Verpachtung.

Montag, den 11. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, werden im
Saale des Gasthauses „zur Sonne“ in Rohrborn die lamerosif-
fälligen Wiesen in der Gemarkung Darmstadt (Gehölze,
Schelsteimer Wiese, Trierzwiese, Teichwiese und Handwies-
wiese) 15 Hektar, auf neun Jahre weiter verpachtet.
Nähere Auskunft durch
Großherzogliche Oberförsterei Darmstadt.
Kullmann.

Batterien 170

Bekannt beste, stets frische Ware Mk. 170

Internationale Elastigen Compagnie m. h. H.
Darmstadt, Alexanderstrasse 6. 3699
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

**Metallformer,
Metalldreher(in)
Guckpucker**

gesucht.
G. W. Otto 3710
am neuen Schießhaus.

Telefon 2364!
Ich kaufe Flaschen,
alle Sorten Altpapier
z. Einstampfen, Boden-
u. Kellerkram u. s. w.
J. Blum 3687
Alexanderstr. 5.
Postkarte od. Telefon 2364 genügt.
Gas-Stämpfe u. Eylinder,
Elektrische Birnen. 3598
E. Göbel
Hügelstraße 29.

Konsum- u. Spargenossenschaft für Ober-Ramstadt
— u. Umgegend e. G. m. b. H.

**Einladung zur ordentlichen
General-Versammlung**
am Sonntag, den 10. November 1918, nachmittags 4 Uhr im
Saale „Zur schönen Aussicht“ (Georg Schanz).

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, Vorlage der Bilanz, Entlastung der Ge-
samtwirtschaft für das Geschäftsjahr 1917/18.
2. Beschlußfassung über die Verwendbarkeit der Ertrübrigung.
3. Anträge und Genossenschaftliches.

Der Aufsichtsrat: **Georg Wid,** Vorsitzender.

Spar- u. Konsumgenossenschaft für Trebur u. Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 17. November, nachmittags 4 Uhr
im Lokale großer Rathhausaal zu Trebur

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
4. Verlesen des Revisionsberichtes.
5. Beschlußfassung über die Verwendbarkeit der Ertrübrigung.
6. Erhöhung des Mindestsatzes für Spareinlagen laut § 36 des
Statuts. (Beschluß der Generalversammlung vom 25. April
1915.)
7. Genossenschaftliches.

Anträge müssen drei Tage vor der Generalversammlung bei
dem Vorstand schriftlich eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: **Fr. Schmeiger,** Vorsitzender
3720

Eberstadt.

Ausgabe von Eiern.
Am Montag, den 11. d. Mts., erfolgt eine Ausgabe von
Eiern (Rühlhaus-Eier) nach Bezirken und Zeit getrennt wie
folgt:
Vormittags von 8 bis 9 Uhr: Bezirk 9 c d e und XIV d e,
von 9 bis 10 Uhr: Bezirk 1 und 2, von 10 bis 11 Uhr: Bezirk 3
und 6, von 11 bis 12 Uhr: Bezirk 4 und 10.
Nachmittags von 2 bis 3 Uhr: Bezirk 5 und 11, von 3 bis
4 Uhr: Bezirk 7 und 12, von 4 bis 5 Uhr: Bezirk 8 und 13, von
5 bis 6 Uhr: Bezirk 9 a b und 14 a b c.
An 1 Person wird 1 Ei zum Preise von 1 Pfg. ausgegeben.
Lebensmittelscheine und Eierkarten sind vorzulegen.
Großb. Bürgermeisterei Eberstadt. Schäfer.

Griesheim.

Städtische Bewirtschaftung der Ziegen.
Diejenigen, welche beabsichtigen, in der Zeit vom 1. Januar
bis 30. Juni 1919 neue Wohnhäuser zu errichten oder größere
wohnliche Umbauten vorzunehmen, werden ersucht, ihre Angaben
hierüber und den Bedarf an Wäffeln und Ziegen Sonntag,
den 10. Novbr., nachmittags von 2 bis 3 1/2 Uhr, bei Gemeindevor-
sitzender Ritter zu machen.
Die Angaben haben deshalb zu erfolgen, um den betreffen-
den Ziegeleien die erforderlichen Stoffen zur Verfügung zu
stellen.
Griesheim b. Darmstadt, den 8. November 1918.
Großb. Bürgermeisterei Griesheim. J. E.: **Reichmann**